

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Konvergenzen und Divergenzen

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Konvergenzen und Divergenzen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 58/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45807>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Konvergenzen und Divergenzen

Zusammenfassung

Die GUS ist keine wirkliche Integrationsgemeinschaft nach dem Modell der EU, sondern eine auf Rußland zentrierte lockere Organisation ohne Mechanismen zur Durchsetzung gemeinsamer Vereinbarungen. Das Interesse Rußlands liegt darin, die GUS über ein bi- und multilaterales Abkommensgeflecht zur Absicherung seines Hegemonialanspruchs zu instrumentalisieren, ohne die Partner weiter zu subventionieren und die Verantwortung für deren innere Entwicklung zu übernehmen. Das Interesse einer Reihe von GUS-Ländern besteht umgekehrt gerade in der weiteren wirtschaftlichen Unterstützung durch Rußland, um dadurch die eigene fragile Staatlichkeit zu festigen und sich allmählich aus der Umklammerung Moskaus zu lösen. Auf Grund der tiefgreifenden Interessenunterschiede unter ihren Partnern wird die GUS voraussichtlich keinen dauerhaften Bestand haben. Einige Mitgliedstaaten werden sich eng an Rußland anlehnen, andere dagegen werden ihre durchaus vorhandenen Ressourcen für Eigenstaatlichkeit weiter mobilisieren und danach streben, ihre einseitige Abhängigkeit von Rußland durch Beziehungen zu anderen Staaten auszubalancieren.

Die GUS - keine wirkliche Integrationsgemeinschaft

Die bi- und multilateralen Interaktionen innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) - dies ist aus mehreren Gründen ein schwieriges Feld. Zunächst einmal: Es handelt sich dabei immerhin um 12 Länder als Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit stark unterschiedlichen Voraussetzungen, Möglichkei-

ten und Interessen. Angesichts der ungesicherten Identität, der ungefestigten Staatlichkeit und der schwierigen Wirtschaftslage in vielen dieser Länder sind die wechselseitigen Beziehungen in ihrem Charakter und ihren Perspektiven noch völlig offen. Hinzu kommt: Rußland nimmt in der GUS in jeder Hinsicht eine solch überragende Position ein, daß eine Integration als Zusammenwachsen prinzipiell gleichberechtigter Staaten unter Souveränitätsverzicht sowohl der Starken als auch der Schwachen, wie es in der Europäischen Union (EU) geschieht, nur schwer vorstellbar ist.

Bei der Frage nach den praktischen Ergebnissen und Perspektiven der GUS-Integration ist zunächst auf den wichtigen Umstand zu verweisen, daß die politischen Eliten im GUS-Bereich den Begriff "Integration" unterschiedlich auslegen und entsprechend unterschiedliche Strategien entwickeln. So ist der Begriff "Integration" im Zusammenhang mit der GUS vieldeutig.¹ Er kann einerseits meinen, daß nach der Phase der Desintegration, des Bruchs mit den früheren zentralen Vorgaben aus Moskau in Wirtschaft, Politik und Militärwesen, auf den genannten Feldern nun ein Prozeß der *Neuintegration* eingetreten ist. Das wäre ein Prozeß, der nach dem Muster der EU auf freiwilliger Basis verläuft, den Subjekten der Gemeinschaft zum gegenseitigen Vorteil gereicht und die positive wechselseitige Abhängigkeit voneinander fördert. Ein solches Konzept könnte man als "Integration nach der notwendigen Desintegration" bezeichnen. Mit "Integration" kann aber auch etwas völlig anderes gemeint sein, nämlich die Wiederherstellung der nach Auflösung der Sowjetunion zerstörten Beziehungen zwischen den Subjekten der Gemeinschaft. In der Wirtschaft beispielsweise verlangt die Reintegration, daß nichtökonomische Methoden zur Steuerung der multilateralen Wirtschaftsaktivitäten wieder eingesetzt werden. Für ein solches Konzept umfassender Reintegration auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet plädieren in Rußland die Kommunisten und die Nationalisten, in Belarus sogar die politischen Entscheidungsträger. In den übrigen GUS-Staaten dagegen stößt die Vorstellung einer schlichten Reintegration mehrheitlich auf scharfe Ablehnung, da sie von ihren politischen Eliten zu Recht als Instrument Moskaus zur Wiederherstellung des inneren Imperiums perzipiert wird.

Natürlich lassen sich neuintegrative, desintegrative und reintegrative Tendenzen in der GUS nicht klar voneinander trennen. Sie wirken, sich überlagernd, einander stützend oder im Gegenteil blockierend, in allen Kooperationsbereichen innerhalb der GUS, so daß sich die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaft widersprüchlich entwickelt. Worin liegen die Widersprüche? Auf der einen Seite ist es mit der Bildung der GUS bis heute weitgehend gelungen, den Zerfallsprozeß der Sowjetunion weich aufzufangen und ein Mindestmaß an Kommunikation und Kooperation zwischen den Nachfolgestaaten aufrechtzuerhalten. Das sollte mit Blick auf die mörderischen Folgen des Auseinanderbrechens Jugoslawiens nicht gering geschätzt werden, zumal ein chaotischer Zerfall des postsowjetischen Raums mit seinen dort verstreuten riesigen nuklearen und konventionellen Waffenarsenalen für die Welt noch weit schwerwiegendere Konsequenzen gehabt hätte als der Bürgerkrieg auf dem Balkan. Nach anfänglichem Zögern sind 1993/94 auch Aserbaidshan, Georgien und Moldova der GUS beigetreten, so daß diese jetzt - mit Ausnahme der baltischen Länder - sämtliche Nachfolgestaaten der Sowjetunion umfaßt. Über den Rat der Staats- und Regierungschefs hinaus gibt es gegenwärtig mehr als 50 Organe, Kommissionen und Institutionen der GUS, die allerdings lediglich konsultativen Charakter haben. Aber der Blick auf die Institutionen und Organe der GUS täuscht: In Wirklichkeit kann bislang weder von einer Neuintegration noch von einer Reintegration die Rede sein. Die meisten Vereinbarungen sind nur unzureichend realisiert oder überhaupt nur deklamatorisch. Tatsächlich gibt es in der GUS weder einen wirksamen Mechanismus zur Durchsetzung gemeinsamer Vereinbarungen noch Vorkehrungen für Sanktionen bei deren Nichteinhaltung, so daß man von einem faktischen Rechtsnihilismus in der GUS sprechen kann. Aus der Vielzahl der Ursachen für die Funktionsschwäche der GUS seien hier kurz nur die wichtigsten umrissen:

Historisch gesehen hat Rußland selbst ganz erheblich zur Desintegration der GUS beigetragen. Ursprünglich war die Gemeinschaft als ein Verbund gleichberechtigter Staaten mit gemeinsamen "Räumen" in Wirtschaft, Verkehr, Sicherheit etc. konzipiert, wobei alle Staaten an der Entscheidungsbildung mit-

¹ Vgl. hierzu A. Zagorski, Die Entwicklungstendenzen der GUS: Von der Differenzierung zur Konsolidierung?, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 24/1994.

wirken sollten. In dem Maße jedoch, in dem sich in Rußland die eigenen Staatsstrukturen konsolidierten und nationale Interessen artikuliert wurden, distanzierte sich Moskau zunehmend von diesem integrativen GUS-Modell und streifte die Kontrolle durch kollektive Organe der Gemeinschaft ab. Am deutlichsten sichtbar kam dies darin zum Ausdruck, daß Rußland im Sommer 1993 das Vereinigte Oberkommando der GUS auflöste, um sich die Alleinverfügung über die strategischen Waffen zu sichern. Darüber hinaus verdrängte Rußland kurz darauf die GUS-Partner auch aus dem gemeinsamen Währungsraum, um die volle nationale Souveränität über seine Währungs-, Kredit- und Finanzpolitik zu gewinnen. Diese von den nationalen Interessen diktierte Politik Moskaus bedeutete keine Absage an die GUS überhaupt. Allerdings signalisierte sie eine Absage an eine *integrative Gemeinschaft* mit gemeinsamen Regeln, kollektiv gefaßten Beschlüssen und festen Beziehungen aller Teilnehmer untereinander.

Hinzu kommt: Anfangs hielten große Teile der politischen Eliten in Rußland - und übrigens auch in Brüssel - eine Entwicklung der GUS nach dem Muster der EG oder zumindest der EFTA für wünschenswert und möglich. Diese Vorstellung hat sich jedoch aufgrund unterschiedlicher Interessen und Konzeptionen unter den GUS-Mitgliedern inzwischen als Illusion erwiesen. So hat sich in der GUS beispielsweise die selektive Unterzeichnung von Dokumenten eingebürgert, bei der einzelne Staaten unter Berufung auf ihr Desinteresse bestimmten Vereinbarungen fernbleiben. Diese Praxis ähnelt dem Konzept der "variablen Geometrie", wie es im Vorfeld von Maastricht bezeichnenderweise von *Gegnern* einer Vertiefung der EU-Integration empfohlen wird. Von deren *Befürwortern* dagegen wird sie mit guten Gründen strikt abgelehnt, birgt doch eine solche "Mitgliedschaft à la carte" die Gefahr in sich, daß auch bereits existierende Integrationsansätze unterminiert werden. Das gilt für die GUS ebenso wie für die EU. Darüber hinaus gilt: Integration ist nur zwischen solchen Ländern möglich, in denen Reformen zur Entstehung kompatibler Werte-, Wirtschafts-, Rechts- und politischer Systeme führen. In der EU sind die Voraussetzungen hierfür gegeben. In der GUS dagegen laufen die Entwicklungen eher auseinander.

Und schließlich: Anders als in der EU haben in der GUS die bilateralen Beziehungen eindeutig Vorrang vor der multilateralen Komponente. Die Ursache hierfür liegt in folgendem: Rußland als der weitaus größte, wirtschaftlich stärkste und militärisch überragende GUS-Mitgliedstaat sucht für sich selbst jegliche Unterordnung unter supranationale Organe, die einen Verzicht auf Teile der Souveränität implizieren würde, zu vermeiden. Die negative Reaktion Moskaus auf die Vorschläge des kasachischen Präsidenten Nasarbajew zur Bildung einer supranationalen Eurasischen Union ist hierfür symptomatisch. Rußlands Führung konzentriert sich stattdessen auf den Ausbau seiner *bilateralen* Beziehungen zu den Staaten der GUS - freilich ohne darüber die Stärkung der meist russisch dominierten GUS-Organe aus den Augen zu verlieren. Mit Ausnahme der Ukraine schloß Rußland mittlerweile mit sämtlichen GUS-Staaten Grundsatzerträge und sektorale Vereinbarungen ab, in denen die Bedingungen der politischen, ökonomischen und militärischen Kooperation festgelegt sind. Damit festigt sich die Tendenz zur Herausbildung *vertikaler* Beziehungen Rußlands zu den GUS-Staaten. Von einer wirklichen Integration der Gemeinschaft, die den Ausbau multilateraler *horizontaler* Beziehungen unter ihren Mitgliedern implizieren würde, kann angesichts der Dominanz Rußlands keine Rede sein.

Rußland und die GUS

Welchen Stellenwert hat die GUS nun aber tatsächlich für Rußland? Für die politische Führung in Moskau - und mehr oder weniger für sämtliche politische Richtungen - nehmen die Beziehungen zu den GUS-Staaten im außenpolitischen Prioritätensystem des Landes mittlerweile den ersten Rang ein. Diese gelten als Zone vitalen Interesses und als ausschließliche Einflußsphäre Rußlands, aus der ausländischer Einfluß möglichst herauszuhalten ist. Rußland versteht somit die Parole "Integration" als Integration "*um* Rußland und nach russischen Regeln", als *hegemonial* strukturierten Multilateralismus. Als Begründung für den Anspruch auf eine solche Sonderrolle werden von der politischen Klasse in Rußland u.a.

¹ So treffend O. Alexandrova, Rußland und sein "nahes Ausland": Integrationsvorstellungen und Ansätze der russischen Integrationspolitik, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 20/1995.

angeführt: die jahrhundertelangen Gemeinsamkeiten der Völker im Zeichen der "Blutsverwandtschaft", wie Jelzin einmal betonte¹; die gewachsenen wirtschaftlichen Verbindungen, die nicht einfach zerrissen werden könnten; die Verantwortung für die innere Stabilität der GUS-Staaten und die Abwehr der ihnen angeblich von außen drohenden Gefahren, insbesondere von seiten des Panturkismus und des islamischen Fundamentalismus; der Schutz der ethnischen Russen, die von Diskriminierung und Repression bedroht seien. Hinzu kommt, daß im Zeichen des Denkens in den Kategorien der Geopolitik die russische Dominanz im "nahen Ausland" als ein unabdingbares Attribut des Großmachtstatus Rußlands perzipiert wird. Die Begründungen für den russischen Anspruch auf eine Sonderrolle in der GUS widerspiegeln eine oft schwer definierbare Mischung aus legitimen nationalen Interessen einerseits und solchen illegitimen Argumenationsmustern andererseits, hinter denen sich nackte großmachtpolitische Ambitionen verbergen. Die schwierige Aufgabe des Westens besteht darin, in seiner Politik gegenüber Rußland beide Aspekte entsprechend differenziert zu bewerten.

Im folgenden geht es weniger um die Begründungen Rußlands für seine Sonderrollen-Ansprüche, seien sie ideologisch oder pragmatisch motiviert. Stattdessen soll ein kurzer Blick auf die *Instrumente* zur Durchsetzung der russischen Politik geworfen werden. Dabei zeigt sich, daß die Führung in Moskau keineswegs durchgängig imperial ausgerichtet ist - wenn man unter "imperial" die direkte Lenkung der Innen- und Außenpolitik anderer Staaten bis hin zu deren territorialer Einverleibung versteht. Vielmehr läßt sich ihre Linie eher als Streben nach *Hegemonie*, d.h. nach Maximierung der russischen Kontrolle über alle Aspekte der Politik in den GUS-Ländern charakterisieren, ohne daß Moskau deren formale Souveränität in Frage stellen und selbst die Verantwortung für deren innere Probleme übernehmen müßte. Insofern wäre Belarus, sollte es tatsächlich zu einer Vereinigung mit Rußland kommen, unter den GUS-Staaten eher eine Ausnahme und kein Präjudiz im Sinne eines Pilotprojekts für den gesamten GUS-Raum, wie im Westen vielfach vermutet (und von Teilen der russischen Eliten insinuiert) wird. Die Instrumente Moskaus zur Durchsetzung und Absicherung seiner Hegemonie im Bereich der GUS sind weit gefächert. Sie sind in ihren Intentionen und Wirkungen nicht immer eindeutig und reichen von legitimer Einflußnahme bis hin zu neoimperialem Handeln. Hierzu einige Beispiele:

Die russischen Friedenstruppen an den Brennpunkten militärischer Konflikte im GUS-Rahmen üben gewiß in vieler Hinsicht eine positive Funktion aus, zumal sich der Westen dort bisher nur schwach engagiert hat. Allerdings wird dieser positive Aspekt fragwürdig, wenn man bedenkt, daß Rußland - z.B. in Tadschikistan und Georgien - einige Konflikte selbst angeheizt hat, um dort militärisch aktiv werden zu können. Jedenfalls ist die Einführung russischer Friedenstruppen ganz wesentlich von dem Bestreben Moskaus nach Festigung und Ausbau der militärischen Hegemonie im GUS-Bereich bestimmt. Sie wird ergänzt durch komplementäre russische Maßnahmen wie die Sicherung von Militärstützpunkten, die Reaktivierung der Verbindungen des Militär-Industrie-Komplexes und vor allem die Bestrebungen zur Bildung einer Verteidigungsgemeinschaft auf der Grundlage des Taschkenter Vertrages über kollektive Sicherheit vom Mai 1992.² Hinzu kommt: Eine Reihe von Staaten der GUS - insbesondere auf ihrer europäischen Flanke - sind vital abhängig von russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen. Bisher hat Rußland diese Lieferungen zwar gekürzt, aber nicht dauerhaft unterbrochen. Das ist nicht gering einzuschätzen, zumal sich die Abnehmerstaaten nicht selten als zahlungsunfähig erwiesen haben und bei einem längerfristigen Lieferstop von wirtschaftlichem Chaos bedroht gewesen wären. Zugleich hat Rußland jedoch durch Demonstration seiner ökonomischen Macht wiederholt politischen Druck ausgeübt, indem es die Lieferungen kurzzeitig einstellte oder - so im Zusammenhang mit Sewastopol und der Schwarzmeerflotte - auf ein für die strategischen Interessen Moskaus vorteilhaftes Tauschgeschäft drängte. Hegemoniale Bestrebungen kommen auch in den Vorschlägen der russischen Führung an die GUS-Energiekonsumenten zum Ausdruck, ihre Schulden durch Übereignung von Pipeline-Infrastrukturen, von Anlagen zur Energieverarbeitung und überhaupt von strategisch wichtigen Großunternehmen an Rußland zu begleichen. Un-

¹ Rede vor den Vereinten Nationen, in: Rossijskaja gazeta (Moskau), 28.9.1994.

² Hierzu im einzelnen V. Mironov, Ot integracii k ob"edineniju, in: Segodnja (Moskau), 20.7.1995. General Mironov ist seit März 1995 "Hauptmilitärexperte" von Ministerpräsident Eernomyrdin.

ter *kommerziellen* Aspekten ist dieser Vorschlag, der von Belarus und Moldova akzeptiert, von der Ukraine dagegen lange strikt abgelehnt und erst in jüngster Zeit begrenzt akzeptiert wurde, sicher legitim. *Politisch* jedoch läuft er auf einen Verlust der Kontrolle über strategische Wirtschaftsbereiche zugunsten Rußlands hinaus.

Schließlich werden die hegemonialen Ambitionen Rußlands auch in dem Bemühen deutlich, die Außenbeziehungen der GUS-Staaten zu kontrollieren. Das betrifft zum einen die Beziehungen dieser Länder untereinander: Parallel zur Stärkung der eigenen Positionen gegenüber seinen GUS-Partnern ist Rußland bestrebt, die Entwicklung einer solchen horizontalen Zusammenarbeit unter den übrigen Staaten der Gemeinschaft zu konterkarieren. Das gilt besonders dann, wenn sie - wie in Zentralasien - die Bildung regionaler Organisationen ins Auge fassen, denn dies läuft aus russischer Sicht auf einen Verlust von Kontrolle und Einfluß durch Moskau hinaus. Doch ist dies für Rußland nicht das eigentliche Problem: Die übrigen GUS-Staaten sind vorerst zu schwach, um durch Kooperation untereinander ein wirkliches Gegengewicht entwickeln oder sogar ein Gegengewicht gegen die Hegemonialmacht bilden zu können. Viel schwerwiegender ist aus Sicht der russischen Führung die Gefahr, daß einzelne GUS-Partner politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Verbindungen zu Staaten des sogenannten "fernen Auslands" knüpfen, die die strategischen Interessen Moskaus tangieren. Am deutlichsten sichtbar wird dies in dem harten Widerstand gegen Pläne der Kaspi-Anrainerstaaten, ihre Öl- und Gasförderung unter Ausschaltung russischer Pipelines über andere Länder wie die Türkei an die westlichen Verbraucher zu leiten. Damit würde Rußland nicht nur erhebliche finanzielle Einbußen in Form entgangener Transitgebühren erleiden, sondern auch wichtige Hebel zur Kontrolle dieser Länder einbüßen. In diese Gesamtstrategie fügen sich auch die Bestrebungen Moskaus, Militärbasen in südlichen GUS-Ländern zu unterhalten und darüber hinaus durch Stationierung russischer Grenztruppen deren Außengrenzen zu kontrollieren. Denn solche Bestrebungen sind auch darauf angelegt, die Staaten dieser Region zu gebührender Berücksichtigung der wirtschaftsstrategischen Interessen Moskaus zu veranlassen. Nicht zufällig übt Moskau gerade auf Aserbaidschan einen starken Druck zur Akzeptierung russischer Militärbasen und zur Bildung gemeinsamer Grenztruppen aus, seit Baku mit westlichen Konzernen das "Jahrhundertgeschäft" zur Ausbeutung seiner Ölquellen anbahnte und nach Alternativen zu den russischen Pipeline-Systemen sucht. Vor diesem Hintergrund deutet vieles darauf hin, daß sich gravierende Konflikte innerhalb der GUS, in die Rußland und der Westen involviert werden könnten, zukünftig überhaupt eher im Kaspi-Raum zuspitzen werden als in und um die Ukraine, wie im Westen oft vermutet wird.

Absatz Tendenzen in der GUS

Die GUS-Strategie Rußlands ist jedoch nur die eine Seite der Medaille, denn die Tendenzen zu einer auf Rußland zentrierten Integration sind keineswegs eindeutig. Auch die übrigen Staaten der Gemeinschaft haben ihre spezifischen nationalen Interessen, die sie entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gewicht zur Geltung zu bringen suchen. Das gerade erwähnte Aserbaidschan demonstriert dies in aller wünschenswerten Deutlichkeit. Zwar ist es richtig, daß nach der ersten Euphorie über die Unabhängigkeit unter den politischen Eliten und in der Bevölkerung der meisten GUS-Staaten die Bereitschaft zu engerer Kooperation mit Moskau wieder wächst. Diese Bereitschaft bezieht sich jedoch fast ausschließlich auf die *wirtschaftliche* Dimension, weniger jedoch auf die *politischen* und die *militärischen* Beziehungen. Hierin drückt sich eine deutliche *Asymmetrie* in den längerfristigen Interessen Rußlands einerseits und wichtiger GUS-Staaten andererseits aus. Worin besteht diese Asymmetrie, die sich in ihren Konsequenzen heute noch nicht überblicken läßt? Zugespißt läßt sie sich folgendermaßen umreißen: *Rußland* zielt, wie wir sahen, auf Schaffung eines einheitlichen strategischen Raumes in der GUS, ist aber nicht bereit und/oder in der Lage, die dafür notwendigen materiellen Kosten in Form dauerhafter Transferleistungen an seine Partner zu erbringen. Bereits jetzt hat Rußland bisherige Vergünstigungen an GUS-Staaten stark herabgesetzt, sein Handel mit ihnen sank im Zeitraum von 1991 bis 1995 von 56% auf 20% des gesamten Außenhandelsvolumens. Für die meisten *GUS-Staaten* dagegen ist es umgekehrt gerade die Hoffnung auf umfangreiche wirtschaftliche Vergünstigungen, die sie heute zur Suche nach einem Nahverhältnis zu

Rußland, zu politischen und sicherheitspolitischen Konzessionen an Moskau veranlaßt. Für sie bildet enge Wirtschaftskooperation mit Rußland ein *taktisches* Instrument, um einen ökonomischen Kollaps zu vermeiden und die eigene Staatlichkeit zu festigen. Beides bildet für sie in genauem Gegensatz zu den russischen Ambitionen die Voraussetzung für ihr langfristig angelegtes Ziel, die alternativlose Abhängigkeit von Moskau abzubauen und durch eine Intensivierung der Beziehungen zu anderen Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft auszubalancieren.

Vor diesem Hintergrund wird die GUS so, wie sie sich heute darstellt, voraussichtlich keinen dauerhaften Bestand haben. Auch wird sie sich kaum nach dem Prinzip der "verschiedenen Geschwindigkeiten" oder der "konzentrischen Kreise" von Mitgliedern um Rußland als Mittelpunkt herum fortentwickeln, wie im Westen oft vermutet und von Rußland suggeriert wird. Denn in dem Maße, in dem sich einzelne

GUS-Staaten wirtschaftlich festigen und damit auch ihre fragile Staatlichkeit konsolidieren, werden sie ihre Bemühungen weiter verstärken, sich aus der engen Umklammerung Moskaus zu lösen und ihre Souveränität auch in den Außenbeziehungen voll zur Geltung zu bringen. Schon heute zeigt sich, daß die sich entfaltenden neuen nationalen Eliten längerfristig kein Interesse an einer innen- und außenpolitischen Unterordnung unter eine russische Vorherrschaft haben, sondern sich in wachsendem Maß auf ihre regionalen Nachbarn orientieren. Ganz besonders gilt dies für die nach Westen blickende Ukraine, aber auch für Staaten wie Usbekistan, Turkmenistan und zunehmend auch Aserbaidschan. Bisher war es nicht zuletzt die Schwäche ihrer Staatlichkeit, die Rußland geradezu einlud, Kontroll- und Einflußchancen im postsowjetischen Raum zu nutzen. Solche Chancen werden geringer, wenn einzelnen GUS-Partnern ihrerseits die Transformation von fragilen Gebilden ohne gewachsenes Selbstverständnis zu innerlich gefestigten Staaten gelingt, die sich zunehmend ihrer nationalen Identität bewußt werden. Aus dieser Sicht scheint es voreilig, die GUS-Staaten kurzerhand als "failing states" abzutun - als Staaten also, deren Scheitern vorprogrammiert und deren von der GUS gedeckte Rückkehr in den russischen Orbit unvermeidlich ist. Viele unter ihnen weisen langfristig durchaus Ressourcen für Eigenstaatlichkeit auf. Der Westen täte gut daran, dies bei seiner Politik stärker zu berücksichtigen statt an traditionellen russozentrischen Sichtweisen festzuhalten: "Es darf nicht vergessen werden, daß postkoloniale Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg einen jahrzehntelangen Weg in die mehr oder weniger gefestigte Eigenstaatlichkeit zurücklegen mußten."¹ Stabilitätsanalysen nach nur knapp vier Jahren Unabhängigkeit lassen das apodiktische Urteil "failing states" nicht zu.

Als Fazit aus alldem ergibt sich: Eine Integration der GUS als eines auf Rußland zentrierten strategischen Raums erscheint trotz kurzfristiger engerer Wirtschaftsbeziehungen längerfristig eher unwahrscheinlich. Das gilt selbst für den Fall, daß in Rußland Kräfte die Macht ergreifen würden, die das Imperium wiederherstellen wollen. Denn nicht nur wären große Teile der nationalen Eliten und der Bevölkerung in den GUS-Staaten nicht bereit, sich widerstandslos in ein neues Russisches Reich eingliedern zu lassen: Rußland selbst könnte die materiellen Kosten einer solchen imperialen Überdehnung kaum verkraften und würde - ähnlich wie die Sowjetunion - an der daraus folgenden Auszehrung innerer Ressourcen möglicherweise sogar zerbrechen. Im übrigen haben Umfragen ergeben, daß die Bereitschaft unter der russischen Bevölkerung, sich für eine Reintegration der südlichen GUS-Staaten zu engagieren, außerordentlich gering ist.² Welche Konstellationen aber werden sich stattdessen - unter formaler Aufrechterhaltung der GUS - im postsowjetischen Raum entwickeln? Voraussichtlich werden Belarus und Kasachstan aus unterschiedlichen Gründen weiterhin ein Nahverhältnis zu Rußland suchen. Während dies für Minsk bis hin zur Herausbildung konföderativer Strukturen führen kann, wird sich Almaty dabei allerdings Freiräume für politisches Manövrieren sichern wollen. Auch in Georgien und Armenien wird Rußland wahrscheinlich dominierender Faktor bleiben. Eine Reihe zentralasiatischer Staaten sowie Aserbaidschan dagegen werden sich langsam von Rußland lösen. Vor allem gilt dies auch für die Ukraine, den nach Rußland wichtigsten Faktor der GUS. Die Linie jedenfalls, die Kiew gegenüber Rußland und der GUS verfolgt, wird ganz entscheidenden Einfluß auf Charakter und Kohärenz der GUS haben.

Heinz Timmermann

¹ U. Halbach, "Failing States"? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder, Teil II, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 21/1994, S. 31.

² So Präsidentenberater E. Pain', Konsolidacija Rossii, ili Vosstanovlenie Sojuza, in: Segodnja, 22.7.1994.